



**Antrag des Landesvorstandes für den Landesverbandstag 2022
Beschlossen vom Landesvorstand am 09.11.2022**

200-Milliarden-Wumms

Unsere Forderungen für das 200-Milliarden-Euro-Entlastungspaket

1 Der Bundestag hat am 21.10.2022 für die Finanzierung des geplanten Energie-
2 Abwehrschirms gegen die hohen Energiepreise (auch genannt
3 „Doppelwumms“) gestimmt. Für das Gesetz stimmten die Fraktionen der
4 Parteien SPD, FDP und Grüne. Die Union votierte dagegen, AfD und Linke
5 enthielten sich. Nach Aussage der Regierung sollen die 200 Milliarden Euro des
6 Schirms für eine Energiepreisbremse und Unternehmenshilfen verwendet
7 werden.

8

9 Für die 200 Milliarden Euro des Abwehrschirmes soll der in der Corona-Zeit
10 eingerichtete Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) reaktiviert und über neue
11 Schulden ausgestattet werden. Für die zusätzlichen Kredite musste der
12 Bundestag den Schuldendeckel für den Bundeshaushalt 2022 ein zweites Mal
13 aufheben. Bereits der Beschluss des Bundeshaushalts für 2022 Anfang Juni
14 sah neue Schulden von knapp 139 Milliarden Euro vor. Zudem versetzt beides
15 die Bundesregierung beim Thema der zukünftigen Verhandlungen zu den
16 europäischen Schuldenregeln zusätzlich in eine schlechte
17 Verhandlungsposition auf europäischer Ebene. Die dringend nötige
18 Schuldendisziplin lässt sich vor diesem Hintergrund nur schwierig fordern. Nach
19 der Aussage der Bundesregierung im Gesetzentwurf sollen mit dem Geld
20 neben der Gaspreisbremse auch Teile der geplanten Strompreisbremse sowie
21 Hilfen für Unternehmen und die Stabilisierung von Gasimporteuren, die durch
22 die Energiekrise in Schieflage geraten sind, finanziert werden. In welchem
23 Verhältnis das Geld allerdings aufgeteilt werden soll, wird nicht näher
beschrieben.

24 Die Tatsache, dass die Höhe des Vermögens festgelegt und verabschiedet
25 worden ist, noch bevor ein konkretes Konzept ausgearbeitet wurde, öffnet einer

26 Umnutzung Tor und Tür. Die Notwendigkeit eines Hilfspaketes zur
27 Kompensation des Gaspreises wird hier in keinem Fall bestritten. Das
28 Ausstellen eines Blanko-Checks halten wir allerdings im Grundsatz für falsch.
29 Darüber hinaus bemängeln wir, dass in den geplanten Förderungen nur
30 Subventionen sind und keine echten Investitionen in die Zukunft, wie zum
31 Beispiel die Bezuschussung von klimafreundlichen Bauinvestitionen, welche
32 die Wirtschaft auch langfristig stärken.

33

34 Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf...

- 35 I. ... ein Konzept vorzulegen, wie das Geld verteilt werden soll und mit
36 welcher Begründung die angegebene Aufteilung gerechtfertigt wird.
- 37 II. ...das Geld des Abwehrschirms ausschließlich für das Abfedern der
38 hohen Energiepreise und seiner Folgen einzusetzen.
- 39 III. ... den verfassungsrechtlichen Haushaltsgrundsatz der „Jährlichkeit
40 des Haushaltes“ einzuhalten und nicht in diesem Jahr Kredite für
41 Ausgaben in den Jahren 2023 und 2024 aufzunehmen, sondern den
42 Schutzschirm ohne Umwege aus dem normalen Bundeshaushalt zu
43 finanzieren.
- 44 IV. ... eine Gaspreisbremse nicht nur für Großkunden in der Industrie,
45 sondern auch für Privathaushalte schon ab Januar 2023 zu
verabschieden.
- V. ... Förderungen für Investitionen in Energiesparmaßnahmen für
Unternehmen und Privathaushalte mit in den Abwehrschirm
aufzunehmen.

Braunschweig, 09.11.2022